Ausgabe 3/2021

JULIMAGAZIN

Keine Koalition mit Steuererhöhungen?

Liberaler Populismus

Das Erneuerungsjahrzehnt

Bildnachweis: stock.adobe.com ©peshkov

Sina Behrend
Chefredakteurin

Torben Hundsdörfer
Chefredakteur

Liebe JuLis,

wir sind Sina und Torben, die neue Doppelspitze des Magazins. Das war die letzte Ausgabe per Post, es gibt nur noch eine paritätisch besetzte Liste von Autorinnen und Autoren und überhaupt werden nur noch turbokapitalistische Texte gedruckt … aber ansonsten bleibt alles beim Alten. Sina ist 20, studiert in Düsseldorf Philosophy, Politics & Economics und leitet einen Landesarbeitskreis. Torben ist 17 und Frühstudent der Rechtswissenschaften in Bielefeld. Er ist Kreisvorsitzender der JuLis Lippe. Sina bezeichnet sich als „sozialliberal“, Torben ist Hayek-Fan – es wird also spannend. Natürlich wird sich oben Aufgelistetes nicht einstellen, sondern weiterhin ein liberales Potpourri an Artikeln von meinungsstarken Mitgliedern auf euch zukommen. In dieser Ausgabe beschäftigt sich Hendrik mit dem EU-Klimaplan, Sören mit einem Erneuerungsjahrzehnt und Lucas mit Barrierefreiheit. Außerdem erfahrt ihr, was unser Bundesvorsitzender wirklich von Christian Lindner hält: Anlässlich der kommenden Bundestagswahl haben wir mit den JuLi-Kandidatinnen und -Kandidaten bis Listenplatz 35 ein neues Interviewformat ausprobiert. Passend zur Wahl haben wir außerdem einen spannenden Artikel von Katharina zum Umgang mit Fridays for Future, und Nele erzählt, wie sie Frauen im Wahlkampf ansprechen möchte. Im Pro vs. Contra diskutieren Stefan und Nils über liberalen Populismus und in einem weiteren Pro vs. Contra hat sich eure neue Chefredaktion mit Steuererhöhungen beschäftigt. Alexander hat einen spannenden Denkanstoß zu wirtschaftspolitischen Grundsätzen geliefert.

Wir wünschen viel Spaß mit der Ausgabe und uns allen einen erfolgreichen Wahlkampf!

Eure

Sina & Torben

IN HALT

THEMEN

1. „Bist du behindert oder was?“
2. Was unsere Bundeskandidaten über Christian Lindner denken: Ein Emoji-Interview
3. Pro vs. Contra: Brauchen wir einen liberalen Populismus?
4. Erneuerungsjahrzehnt
5. Pro vs. Contra: Keine Koalition mit Steuererhöhungen?
6. Bundestagswahl: Frauen im Wahlkampf
7. EU-Klimaplan ist Ode an die Staatsgläubigkeit
8. Nie gab es mehr zu tun: Grundsätze für die Wirtschaftspolitik nach der Pandemie
9. Fridays for Future: Partner in der Klimafrage oder illiberaler Gegner?
10. Wahlkampf in Zeiten kurzer Aufmerksamkeiten und großer Empörungen
11. Eure Wünsche für nach der Bundestagswahl

IMPRESSUM

CHEFREDAKTION/V.I.S.D.P.:
Chefredaktion Sina Behrend, sina.behrend@julis.de und Torben Hundsdörfer, torbenhundsdoerfer@julis.de

REDAKTION: Nils Allersmeier, Sina Behrend, Katharina Bischoff, Stefan Ermert, Fabien Griewel, Torben Hundsdörfer, Charline Kappes, Alexander Kobuss, Nele Köhler, Sören Quandt, Anna Neumann, Eric Scheuerle, Tim Schütz, Lucas Slunjski, Henrik Stachowicz, Jens Teutrine

HERAUSGEBER UND VERLAG:
Junge Liberale Landesverband NRW e.V., Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf, Telefon (0211) 4925185, julimagazin@julis-nrw.de

FOTOS:
photocase.com/Adobe Stock

GESTALTUNG:
BTW MARKETING, www.btw-marketing.com

LEKTORAT: Angelika Lenz, www.angelika-lenz.de

DRUCK: frames GmbH, Essen
Das JULIMAGAZIN ist die Zeitschrift des Landesverbandes NRW der Jungen Liberalen. Es erscheint fünfmal jährlich. Für Mitglieder der Jungen Liberalen ist der Bezugspreis mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Die im JULIMAGAZIN abgedruckten Beiträge und Artikel geben alleine die Meinung des jeweiligen Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber wieder.

Bist du behindert oder was?

Barrierefreiheit beginnt im Kopf und nicht erst auf dem Bürgersteig.

Was geht mich das Thema „Barrierefreiheit“ an? Dies mögen sich nun vielleicht die meisten von euch fragen, denn ihr seid ja nicht direkt von einer Behinderung betroffen. Warum euch dieses Thema aber trotzdem „etwas angeht“, erfahrt ihr im Folgenden.

Diese oder ähnliche Phrasen wie in der Überschrift hat sicherlich schon jeder von uns gehört oder auch selber ausgesprochen. Was jedoch so unbedacht und meist scherzhaft geäußert wird, hat für ca. 8 Millionen Menschen in Deutschland einen ernsten Hintergrund. Denn rund 10 % der deutschen Bevölkerung sind tatsächlich von einer Behinderung betroffen. Dabei ist eine einfache Beurteilung von Behinderungen nur schwer möglich, da die Erscheinungsbilder und Ausprägungen vielfältig sind. Grob kann jedoch zwischen einer körperlichen und einer geistigen Behinderung unterschieden werden. Ich werde mich im Rahmen meiner politischen Arbeit insbesondere auf die körperlichen Behinderungen beziehen.

Warum muss „Barrierefreiheit“ ein zentrales Thema in der Politik werden?

Seit 2001 sitze ich infolge eines Autounfalls querschnittsgelähmt im Rollstuhl. Schon während meiner Schulzeit habe ich mich für Politik interessiert und bin schließlich 2017 als Mitglied in die FPD eingetreten. Als mir die Kandidatur für den Bundestag angeboten wurde, war für mich direkt klar: „Das mache ich!“ Insbesondere das Thema „Barrierefreiheit“ liegt mir sehr am Herzen und soll im Fokus meiner politischen Arbeit stehen. Denn noch immer gibt es viel zu viele Barrieren, die uns im Alltag begegnen: So sind es beispielsweise die unnötigen Stufen oder defekte Aufzüge, die eine planbare Bahnfahrt faktisch unmöglich machen. Wenn die explizit als „barrierefreie Unterkunft“ beworbene Ferienwohnung eben nicht barrierefrei ist, weil sie nur durch Stufen erreichbar ist, ist der Urlaub beendet, bevor er begonnen hat. Und auch ein scheinbar alltäglicher Restaurantbesuch wird durch nicht vorhandene barrierefreie Sanitäranlagen oft unmöglich. Für nicht Betroffene ist es oft nicht nachvollziehbar, dass auch schon ein bis zwei Stufen für Rollstuhlfahrer*innen ein unüberwindbares Hindernis darstellen, dass abschüssige Gehwege oder fehlende Übergänge ihre Mobilität enorm einschränken. Gerade solche Situationen verdeutlichen, dass in Bezug auf die Barrierefreiheit noch viel getan werden muss.

„Barrierefreiheit“ – das betrifft mich nicht

Wer der Meinung ist, dass ihn das Thema „Barrierefreiheit“ nicht betrifft, der irrt sich gewaltig. Das soll ein Beispiel verdeutlichen, das ich 2017 persönlich erlebt habe: Nach einer Operation teilte ich das Krankenhauszimmer mit einem Familienvater, der einen schweren Arbeitsunfall hatte. Seine Diagnose: Querschnittslähmung kurz unterhalb des Halses. Zusätzlich zum körperlichen und seelischen Schaden stand die Familie nun vor finanziellen Problemen: Das kurz zuvor neu gebaute Haus war nicht mehr nutzbar, da es nicht barrierefrei erbaut wurde. Geld für ein geeignetes Haus war nicht mehr vorhanden. Solche Schicksalsschläge zeigen, wie schnell es zu einer Behinderung kommen und welche Auswirkungen diese auf das komplette restliche Leben haben kann. Daher ist es umso wichtiger, dass Barrieren wo immer es möglich ist abgebaut werden oder erst gar nicht entstehen.

Leider werden in Neubaugebieten auch im Jahr 2021 nach wie vor Häuser oder Wohnkomplexe mit einem Stufeneingang geplant. Aus meiner Sicht wird hier an der Zukunft vorbeigeplant und -gebaut. Klar ist: Wer heute barrierefrei baut, der wird es spätestens im Alter einfacher haben.

Barrierefreiheit im öffentlichen Raum – ein Wunschtraum!

Aber nicht nur im privaten Bereich ist die Barrierefreiheit ein zentrales Thema. Auch in Bezug auf den öffentlichen Raum muss die Barrierefreiheit zunehmend in den Blick genommen werden. Es werden – um nur einige Beispiele zu nennen – im öffentlichen Raum Gehwege abschüssig gebaut, Plätze mit grob verfugten, unebenen Steinen versehen, es fehlen Leithilfen für Menschen mit Sehbehinderung, Beschriftungen in Braille oder Akustikschleifen in öffentlichen Gebäuden oder kulturellen Einrichtungen. Auch barrierefreie

Umblättern zur nächsten Seite

und rollstuhlgerechte öffentliche Toiletten findet man nur selten auf Anhieb. Abgebaute Barrieren helfen nicht nur körperlich behinderten Menschen und Rollstuhlfahrer*innen, sondern sie erleichtern im gleichen Maß auch Familien mit Kinderwagen sowie Seniorinnen und Senioren mit Rollatoren das Leben.

„Barrieren im Kopf“ – Behinderung beginnt im Kopf des Gegenübers

Fest steht: Barrieren behindern Menschen mit Beeinträchtigungen. Viel gewichtiger als die sichtbaren Barrieren sind aber meiner Meinung nach die „Barrieren im Kopf“, sprich die Vorurteile gegenüber Menschen mit Behinderung, die leider noch immer weit verbreitet sind. Über meine körperliche Behinderung hinaus wird oftmals das Vorhandensein einer geistigen Behinderung angenommen. Wenn ich dann sage, dass ich einen normalen Beruf habe und in meiner eigenen Wohnung wohne, löst dies sehr oft ungläubige Blicke meines Gegenübers aus.

Es ist jedoch eher die Regel als die Ausnahme, dass behinderte Menschen ein eigenständiges Leben führen und nicht auf ein betreutes Wohnen angewiesen sind. Die Bedürfnisse behinderter Menschen sollten ganz selbstverständlich im Alltag berücksichtigt werden. Sei es im öffentlichen Personennahverkehr oder im Rahmen beruflicher Entwicklungsmöglichkeiten. Eine Beschäftigung in einer Behindertenwerkstatt sollte daher nur die letzte Möglichkeit statt der Regelfall sein. Wäre es 2001, im Jahr meines Autounfalls, nach den zuständigen Behörden gegangen, so wäre ich nicht auf eine Regelschule, sondern auf eine Schule für geistig behinderte Menschen gegangen. Nicht nur dass diese Schule deutlich weiter entfernt gewesen wäre als andere Grundschulen, diese Art von Schule wäre auch einfach nicht die richtige für mich gewesen. Dies soll aber keineswegs bedeuten, dass Förderschulen generell schlecht sind. Im Gegenteil: So können individuelle Fähigkeiten berücksichtigt und gefördert werden. Nur in meinem Fall wäre es die falsche Entscheidung gewesen.

Wege zur schulischen Inklusion – Ein kurzes Statement

Natürlich ist in Grundschulen als Regelschulen das inklusive Unterrichten aller Kinder mit und ohne Behinderungen maßgebend und durch zahlreiche Konventionen und Bildungsstandards fest verankert, jedoch sieht die Realität anders aus. Wie kann dennoch guter und chancengerechter inklusiver Unterricht gelingen? Für mich gibt es dafür drei Hauptelemente: 1. Personal – ausgebildete Fachkräfte, die die „Regellehrkraft“ unterstützen; 2. Infrastruktur – geeignete moderne und barrierefreie Lernorte; 3. individuelle Förderung – Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse aller Schülerinnen und Schüler. Nur wenn diese großen Elemente funktionieren, kann Inklusion gelebt werden.

By the way: Wie steht es eigentlich um die Barrierefreiheit dieses Magazins?

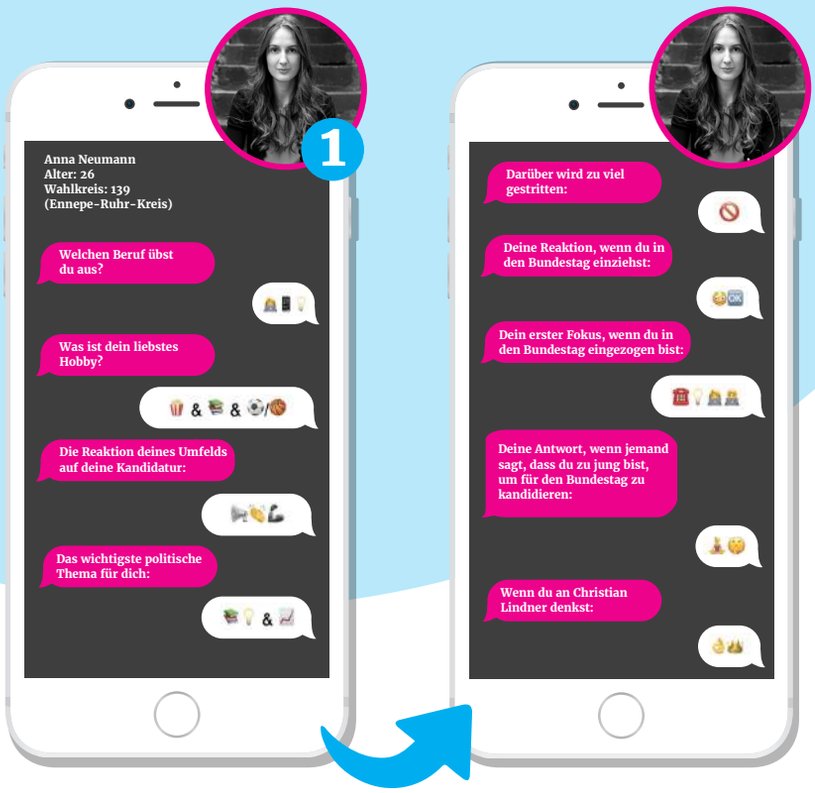
Wenn ihr blind seid, könnte euch vielleicht jemand diesen Artikel vorlesen? Besser: eine „Vorlesefunktion“ in der Online-Version mit Bildbeschreibungen! Wenn ihr blind und gehörlos seid, wäre eine bestellbare Ausgabe in Braille eine Lösung. Wie wäre es mit einer Text-Version in leichter Sprache für Adressaten mit Lese-Rechtschreib-Schwäche? Was wenn… Wie ihr seht – es gibt viel zu tun!

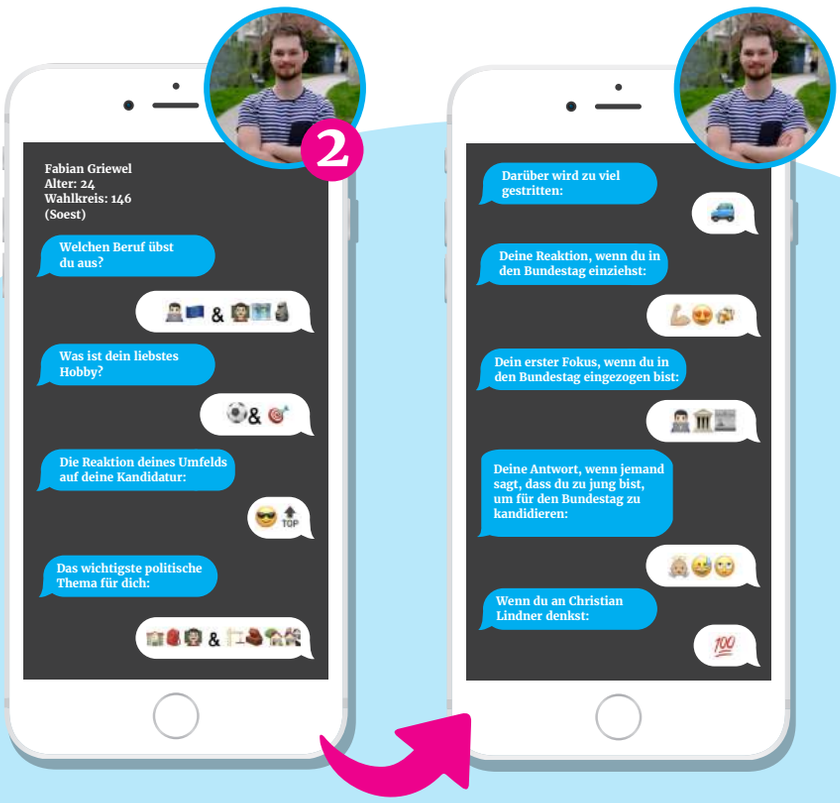
Lucas Slunjski **(26)** sitzt wegen eines Autounfalls querschnittsgelähmt im Rollstuhl. Er ist Schatzmeister der JuLis Westfalen-Süd und Bundestagskandidat im Wahlkreis Hamm-Unna II. Schreibt ihm unter **luc.slu@googlemail.com**

Was unsere Bundestagskandidaten über Christian Lindner denken

Ein Emoji-Interview

Wir haben unsere Bundestagskandidaten, die es auf der Landesliste unter die ersten 35 Plätze geschafft haben, gefragt, was sie eigentlich beruflich machen, was sie im Bundestag erreichen wollen und wie sie mit Kritik bezüglich ihres Alters umgehen. Und das Ganze in einem Emoji-Interview.





Umblättern zur Seite 10

3 Brauchen wir einen liberalen Populismus?

PRO

Popular Liberalism

Viele kennen Populismus, egal ob Sie politisch bewandert sind oder sich nur ab und zu vor dem Fernseher über die Gäste bei Markus Lanz aufregen. In regelmäßigen Abständen hören wir in Debatten im Fernsehen, in Podcasts oder auf Youtube, dass eine Argumentation „populistisch“ sei, ein politischer Gegenspieler ein Populist. Diejenigen, die den Begriff häufig in diesem Rahmen nutzen, sehen in ihm etwas Negatives, Verwerfliches. Es wirkt fast wie ein „Wie kannst du nur so etwas sagen!“, ein Empören. Ist es wirklich so dramatisch?

In Deutschland beherrschen in der öffentlichen Wahrnehmung vor allem Politiker aus dem linken und rechten Spektrum die Kunst des Populismus. Die Grünen verbinden ihre Idee des Populären mit der Untergangsromantik wie auf einer Kassette, die sich zu jeder Katastrophe in unserer Natur urplötzlich in unserem alten Kassettenspieler wiederfindet. Es wirkt manchmal wie ein „Das Ende ist nah, aber wir können euch noch retten“. Ähnlich vermittelt es die AfD, hier geht es allerdings nicht um den ganzen Planeten, hier geht es nur um Deutschland und seine Leitkultur. Der „Untergang“ von dem, was wir als Deutschland kennen, der „Untergang“ unserer Heimat durch Menschen, die nicht hier geboren sind.

Doch wo sind die Liberalen? Sie halten sich überwiegend bedeckt, wenn es um populistische Inhalte geht. Populismus bedingt häufig auch eine einfache Botschaft, für die es nicht viele Erklärungen braucht. Westerwelle wusste genau das 2009 zu nutzen und konnte einen Markenkern mit populistischen Grundsätzen wie „Mehr Netto vom Brutto“ verankern. 2013 ließ man das gänzlich vermissen, was sicherlich seinen Anteil zum Abschneiden der FDP bei der Bundestagswahl in diesem Jahr beitrug. Im Jahr 2021 zur Bundestagswahl hingegen versucht man wieder, diesen Markenkern aufleben zu lassen: „Für mehr Freude am Erfinden als am Verbieten“ oder auch „Steuererhöhungen sind Sabotage am Aufschwung“.

Auffällig dabei ist, dass Liberale ihre Kampagnen heutzutage deutlich mehr verschachteln. Die Idee des CO_2-Zertifikatehandels ist hervorragend, jedoch viel zu komplex für ein Populismuspotenzial. Die Zitate und Aussagen sind deutlich länger geworden, sollen mehr einen Zeitgeist mitnehmen als ihn vorzugeben. Die Forderungen bzgl. der Rente, ein Sachverhalt, der seit Jahren Menschen schlaflose Nächte bereitet – Christian Lindner hat auf seinem Kanal auf Youtube die Antwort: Aktien. Das Modell zu erklären und zu präsentieren dauert auf Youtube knapp 10 Minuten – wenig Potenzial für Populismus, auch aufgrund der Angst vieler Menschen in unserem Land vor Aktien.

Der liberale Populismus soll besonders die Idee der Freiheit zurück in die Köpfe der Menschen bringen, wie viel Liberalismus in jedem von uns bereits ist und wie liberal jeder von uns schon heute ist. Steuererhöhungen sind nicht nur Sabotage am Aufschwung, sie sind Diebstahl aus deiner Geldbörse. Mehr Freude am Erfinden zu haben als am Verbieten ist nicht nur dann wirkliche Freude, wenn man damit Verbotsfetischisten von ihrer Leidenschaft abhält, sondern auch dann, wenn man an die Ideen und Innovationskraft der Menschen in diesem Land glaubt. Es braucht eine neue Welle von liberalen Populisten. Die klar aufzeigen, worin der Liberalismus am stärksten ist, quer durch alle gesellschaftlichen Schichten. Die nicht versuchen jedes Problem mit einer Studie und ausgiebigen Gastbeiträgen in der Welt zu erklären, sondern einfache Forderungen formulieren. Populäre Ideen hat der Liberale mehr als genug.

Nils Allersmeier (26) ist geprüfter Wirtschaftsfachwirt und stellv. Bezirksvorsitzender in OWL. Will den Staat nicht als seinen Erziehungsberechtigten haben. Ihr erreicht ihn unter **nilsa@julis.de**

Bildnachweis: stock.adobe.com ©oneinchpunch

Liberaler Populismus oder der unmoralische Weg aus dem Bundestag

Als ich das Thema für die nächste Pro/Contra-Rubrik gesehen habe, habe ich mich gefragt, wie denn jemand ernsthaft einen liberalen Populismus wollen kann. Erhofft man sich davon mehr Stimmen? Das wird, kann nicht funktionieren und selbst wenn: Ist es uns das wert?

Im Populismus liegt eine bestimmte Form, Politik zu machen. Sie besteht darin, Inhalte zu verkürzen, schwarze Rhetorik zu verwenden, zu polarisieren und Kräfte in der Gesellschaft gegeneinander aufzuwiegeln. Die Verknüpfung dieses Stils mit unseren Inhalten halte ich für vollkommen unverantwortlich.

Eine idealistische Katastrophe

Populismus spaltet die Gesellschaft und macht falsche Versprechungen, indem er einfache Lösungen für komplexe Probleme anbietet. Wir wissen aus der Geschichte, dass eine Demokratie unter diesen Umständen nicht langfristig überleben kann. Als Demokraten sollte uns daran gelegen sein, die verschiedenen Interessen einzelner gesellschaftlicher Kräfte zum Ausgleich und zu Kompromissen zu bringen. Andere europäische Länder haben den Populismus der letzten Jahre nicht so gut überstanden wie wir – diese Errungenschaft sollten wir nicht aufs Spiel setzen. Wer einen liberalen Populismus fordert, verkennt entweder die verheerenden Folgen eines solchen Stils für die Demokratie oder nimmt sie billigend in Kauf, um neue Wählergruppen zu erschließen. Aber würde das überhaupt gelingen?

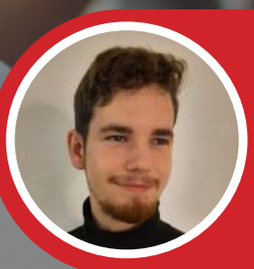
Die Lüge vom besseren Wahlergebnis

Wir haben gerade im letzten Jahr beobachtet, dass uns die Wähler bestrafen, wenn wir zu populistischen Mitteln greifen – man denke an Kemmerich bei den Querdenker-Demos –, und unsere konstruktive Oppositionsarbeit bezüglich der Pandemie belohnen. Auch ein Anti-Wahlkampf wird vom Großteil des Wahlvolkes negativ aufgefasst. Stattdessen sollten unsere Inhalte im Zentrum unserer politischen Kommunikation stehen. In den letzten Wahlen haben wir mit diesem konstruktiven und staatstragenden Stil große Wahlerfolge erzielt, die mit einem liberalen Populismus nicht möglich gewesen wären. Niemand soll also glauben, dass wir mit einem populistischen Auftreten mehr Wähler gewinnen könnten als mit unserem aktuellen Stil. Folglich wäre ein liberaler Populismus in praktischer Hinsicht völlig unbrauchbar und würde die FDP höchstwahrscheinlich wieder in die Nähe der 5%-Marke bringen. Das muss auch erkennen, wem die idealistischen Argumente egal sind.

Also weiter so?

Jein. Unseren seriösen Stil sollten wir nicht für einen neuen, aber populistischen ablegen. Aber natürlich können wir auch noch Dinge besser machen. Von der Vereinfachung von Inhalten halte ich nichts, allerdings muss es uns auch gelingen, unsere oftmals komplizierten und sperrigen Inhalte besser zusammenzufassen und dem Bürger näherzubringen. Die besten Konzepte bringen nichts, wenn sie der Bürger nicht versteht. Stattdessen müssen wir unsere Ideen bürgernah verkaufen und für jeden verständlich machen. Das klappt in letzter Zeit immer besser, aber wir sind noch nicht am Ziel angekommen.

In diesem Sinne: Verbessern wir unsere Kommunikation, aber begeben wir uns nicht auf die Stufe von AfD und Konsorten. Damit würden wir uns selbst und besonders der deutschen Demokratie einen Bärendienst leisten.



Stefan Ermert (19) studiert Law & Economics an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und ist stellv. Kreis-vorsitzender für Programmatik der JuLis Bonn. Außerdem leitet er den LAK Chancenkontinent Afrika. Ihr erreicht ihn unter **stefan.ermert@julis.de**

Erneuerungsjahrzehnt

„Das Modernisierungsjahrzehnt“: Wenn man die Aussagen Armin Laschets der letzten Wochen verfolgt, erweckt es den Anschein, als hätte er ein neues Lieblingswort in seinen Wortschatz aufgenommen. Das Thema selbst ist unglaublich wichtig, da Bürger, Wirtschaft und der Staat selbst in der selbst auferlegten Bürokratie ersticken. Das Wahlprogramm der CDU gibt aber kaum diskussionsfähige Maßnahmen wieder, wie die Union aus dem selbst geschaffenen Zustand herauskommen will. Man will alles schneller und komplett digitaler machen, allerdings verkennt die Union, dass im Rahmen der Digitalisierung komplette Prozesse neu gedacht werden müssen. Es ist zwar schön, wenn die 80-jährige Rentenbezieherin ein „altersgerechtes“ Formular (sog. Steuerlotse für Rentner) ausfüllen kann, sie aber trotzdem für ihre bescheidene Rente eine Steuererklärung abgeben muss. In diesem Artikel möchte ich euch einige Vorschläge vorstellen, die die Steuer selbst zwar nicht tangieren, jedoch das steuerliche Verfahren wesentlich vereinfachen, wodurch alle Beteiligten enorm profitieren.

Einführung einer Rentensteuer

Achtung, hier wird keine zusätzliche Steuer gefordert, sondern eine neue Erhebungsform der Einkommensteuer. Erhältst du Arbeitslohn, behält dein Arbeitgeber im Rahmen der Lohnsteuer deine Einkommensteuer ein. Erhältst du Dividenden oder verkaufst deine Aktien mit Gewinn, behält die Bank die Kapitalertragsteuer ein. Im Regelfall musst du in beiden Fällen keine Steuererklärung abgeben. Warum gibt es diese sog. Quellensteuer nicht auch für Renteneinkünfte? Bei Auszahlung der Rente wird die Rentensteuer durch die auszahlende Stelle berechnet und einbehalten. Wenn ein Rentner keine anderen Einkünfte hat, entfällt seine Steuererklärung, die heute zunehmend digital eingereicht werden muss. Dies bedeutet Stress für den Rentenbezieher und unverhältnismäßiger Aufwand für die Finanzverwaltung. Die Finanzbeamten unter euch werden mich verstehen. Wurden keine Steuern vorausgezahlt, kommt mit dem ersten Steuerbescheid die große Überraschung. Gibt ein erstmalig abgabepflichtiger Rentenbezieher Ende Oktober 2021 seine Steuererklärung ab und muss er über 400 € nachzahlen, setzt das Finanzamt denselben Betrag als Vorauszahlung für das laufende Jahr fest. Im Worst Case ist der Rentenbezieher auf einen Schlag 800 € los, was er so sicher nicht erwartet hätte. Die Anzahl der steuerpflichtigen Rentenbezieher steigt jährlich an, da neben dem demografischen Wandel alle Neurentner direkt in die Abgabenpflicht rutschen. Gehst du heute in den Ruhestand, sind 81 % der Rente steuerpflichtig und jede Rentenerhöhung ist voll steuerpflichtig. Im Jahr 2040 sind 100 % der Rente steuerpflichtig! Das Problem wird also immer größer und es gibt keine nennenswerten Vorschläge, die dieses Problem wirksam bekämpfen. Stell dir vor, du hast in deinem gesamten Arbeitsleben noch nie eine Steuererklärung abgegeben. Dann gehst du in Rente und MUSST damit anfangen?! Dies entzieht sich jeglicher Logik. Der Staat könnte auch hiervon profitieren. Viele Menschen werden sich (aus Unkenntnis oder mangelndem Interesse) zu viel einbehaltene Rentensteuer nicht über die Steuererklärung wiederholen, wie es aktuell bei der Lohn- und Kapitalertragsteuer der Fall ist. Der Staat spart enorme Verwaltungskapazitäten, erhöht seine Einnahmen und stellt das Steueraufkommen als solches sicher. Rentenbezieher können ihren wohlverdienten Ruhestand genießen, haben aber trotzdem die Möglichkeit, sich zu viel einbehaltene Steuer wiederzuholen.

Bildnachweis: stock.adobe.com ©ipopba

Verwaltung der Gewerbesteuer durch das Finanzamt

Die Gewerbe- und Grundsteuer sind die bekanntesten Steuern, die durch die Gemeinde verwaltet werden. Das Finanzamt ermittelt im Rahmen der Veranlagung den Gewerbeertrag durch Festsetzung des Messbescheids, welcher der Gemeinde (teilweise per Post) bekannt gegeben wird. Auf dieser Grundlage setzt die Kommune die Gewerbesteuer fest und versendet den Bescheid postalisch an den Empfänger. Diese kurze und stark vereinfachte Umschreibung des Veranlagungsprozesses zeigt das Problem direkt auf: Er ist zu bürokratisch und passt nicht mehr in das digitale Zeitalter. Während bestehende Ansätze (z. B. durch das Onlinezugangsgesetz OZG) diese Wege digitalisieren wollen, sollte diese historische Arbeitsteilung beendet und komplett durch das Finanzamt erledigt werden. Die Vorteile liegen auf der Hand. Der Steuerpflichtige oder sein Steuerberater hat nur noch einen Ansprechpartner für die betrieblichen Steuern, welches positive Effekte auf den alltäglichen Veranlagungsprozess hat. Das Finanzamt kann die Steuer problemlos festsetzen, da die individuellen Hebesätze der Gemeinden ohnehin statistisch gemeldet werden. Für den ausführenden Beamten entsteht kein Mehraufwand, wie es derzeit in den Stadtstaaten der Fall ist. Da hier das Land und die Gemeinde identisch sind, wird die Gewerbesteuer direkt durch das Finanzamt festgesetzt.

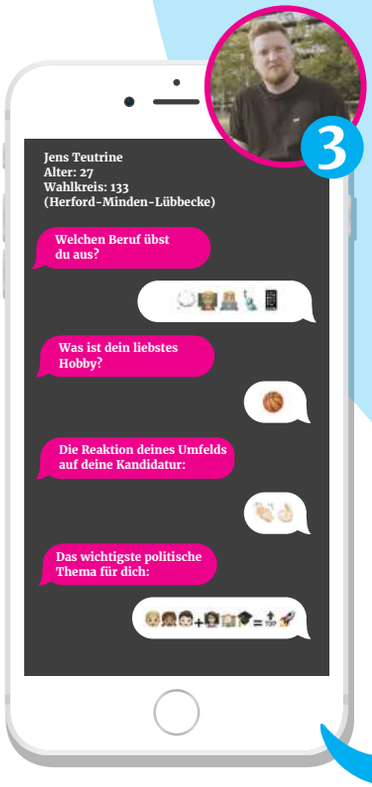
Beim Finanzamt kann auf das Risiko-Management-System zurückgegriffen werden, sodass Steuererklärungen automatisiert bearbeitet werden können, welches bei den Gemeinden in dieser Form nicht anzutreffen ist. Wenn man nun noch die Fälligkeit der Gewerbesteuer mit den anderen Steuern harmonisiert, entsteht für die Finanzkasse nur ein kleiner Mehraufwand. Die Kommunen tun sich teilweise sehr schwer, eine sachgerechte Veranlagung durchzuführen. Zudem haben auch sie mit dem Fachkräftemangel zu kämpfen. Berücksichtigt man die Einsparung der nun obsoleten Postwege, ist auch der Effekt auf den Ressourcenverbrauch eklatant. Gegen die Übertragung der Verwaltungskompetenz spräche die entfallende Wahrnehmung der Gewerbesteuer als reine Gemeindesteuer, sodass die lokale Steuerpolitik beeinträchtigt werden könnte und dies eine Vorstufe zur Abschaffung der Gewerbesteuer sein könnte, wie durch viele kommunale Vertreter befürchtet wird. Nach dem Vorbild der Stadtstaaten und in Anlehnung an das Kirchensteuerverfahren sollte die Gewerbesteuer durch das Finanzamt erhoben und an die Kommunen weitergeleitet werden. Die Milliarden der Kosteneinsparungen wären ein deutliches Zeichen, dass man Bürokratie nicht durch Steuererhöhungen subventionieren muss.

Auf- und Ausbau von Schnittstellen

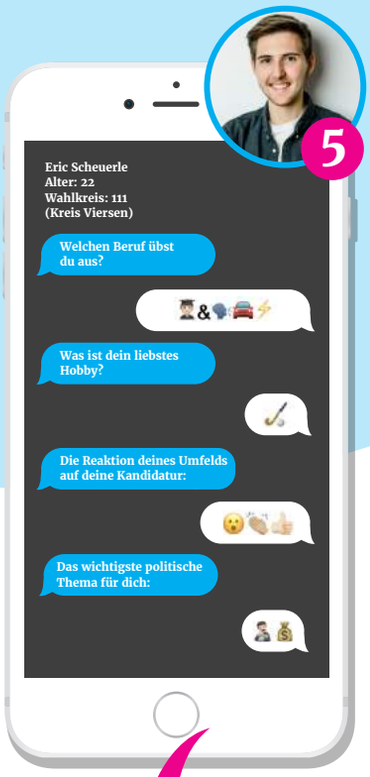
Die vorausgefüllte Steuererklärung (VaSt) ist schon eine feine Sache. Nach einer Authentifizierung kannst du die Lohnsteuer- oder auch Rentenbescheinigungen automatisch in die Steuererklärung einspielen. Für Steuerberater ist dies zu einer enorm wichtigen Waffe geworden. Diese Schnittstelle ist super, aber absolut ausbaufähig. Warum muss ich alle Steuerbescheinigungen meiner Banken und Broker händisch zusammenrechnen und die Summenwerte in die digitale Steuererklärung eingeben? Warum muss ich den unmittelbar von der Kommune ausgestellten Behindertenausweis in der Erklärung händisch angeben? Seit Juli 2019 plant die Bundesregierung die Umsetzung für die Behindertenausweise (BT-Drucks. 19/11987) und der Abruf der Kapitalertragsteuer-Bescheinigungen wurde sogar vor über 10 Jahren im Petitionsausschuss diskutiert (Nr. 17903). Beide Vorgänge entfalten bis dato keine Wirkung, obwohl der Nutzen gigantisch wäre. Deiner Bank liegt dein eindeutiges Identifizierungsmerkmal, deine Steuer-ID, ohnehin vor, sodass die elektronische Übermittlung problemlos wäre. Den Grad der Behinderung könnte man bei der Rentensteuer berücksichtigen, sodass Rentenbezieher mit dem Merkzeichen H keinen Steuerabzug erhalten würden. Trotzdem gilt es, den Vorschlag dieses Kapitels genauestens zu untersuchen. Es durchleuchtet den Steuerpflichtigen zusätzlich, obwohl es für die Veranlagung selbst nicht notwendig wäre.

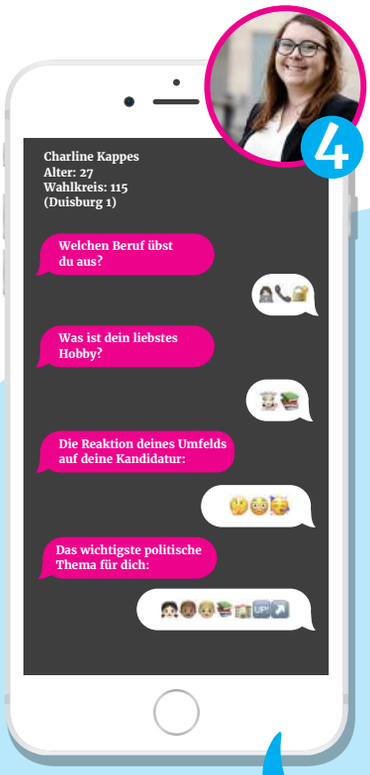
Würde man diese drei Vorschläge kombinieren, entfielen etliche Verwaltungsverfahren auf allen Seiten. Insbesondere die Steuerberater lechzen nach einer wirklichen Entlastung, da das Aufarbeiten der Corona-Folgen enorme Ressourcen bindet. Es ist an der Zeit, unsere bestehenden Verfahren zu überdenken und die Chancen der Digitalisierung in die Überlegungen miteinzubeziehen. Ich habe die Befürchtung, dass Laschets Modernisierungsjahrzehnt entweder zu einem Modernisierungsjahrhundert wird oder dass das Faxgerät im Gesundheitsamt nur mit einem Touch-Feld ausgestattet wird. Um es in den Worten des FDP-Wahlprogramms zu sagen: Nie gab es mehr zu tun, denken wir neu!

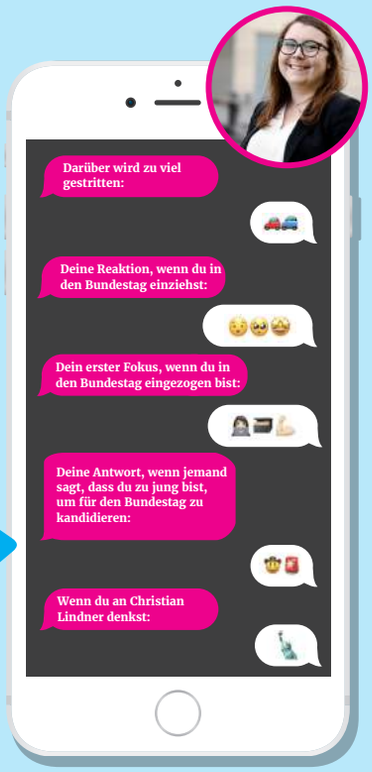
Sören Quandt ist 23 Jahre alt, Steuerfachangestellter, B.A. und stellv. Kreisvorsitzender der JuLis Lippe. Wenn ihr mit ihm über seine Vorschläge diskutieren wollt, erreicht ihr ihn unter **soeren-quandt@web.de**


3
Jens Teutrine
Alter: 27
Wahlkreis: 133
(Herford-Minden-Lübbecke)
Welchen Beruf übst du aus?
Was ist dein liebstes Hobby?
Die Reaktion deines Umfelds auf deine Kandidatur:
Das wichtigste politische Thema für dich:

Darüber wird zu viel gestritten:
Deine Reaktion, wenn du in den Bundestag einziehst:
Dein erster Fokus, wenn du in den Bundestag eingezogen bist:
Deine Antwort, wenn jemand sagt, dass du zu jung bist, um für den Bundestag zu kandidieren:
Wenn du an Christian Lindner denkt:


5
Eric Scheuerle
Alter: 22
Wahlkreis: 111
(Kreis Viersen)
Welchen Beruf übst du aus?
Was ist dein liebstes Hobby?
Die Reaktion deines Umfelds auf deine Kandidatur:
Das wichtigste politische Thema für dich:


4
Charline Kappes
Alter: 27
Wahlkreis: 115
(Duisburg 1)
Welchen Beruf übst du aus?
Was ist dein liebstes Hobby?
Die Reaktion deines Umfelds auf deine Kandidatur:
Das wichtigste politische Thema für dich:


Darüber wird zu viel gestritten:
Deine Reaktion, wenn du in den Bundestag einziehst:
Dein erster Fokus, wenn du in den Bundestag eingezogen bist:
Deine Antwort, wenn jemand sagt, dass du zu jung bist, um für den Bundestag zu kandidieren:
Wenn du an Christian Lindner denkt:

Darüber wird zu viel gestritten:
Deine Reaktion, wenn du in den Bundestag einziehst:
Dein erster Fokus, wenn du in den Bundestag eingezogen bist:
Deine Antwort, wenn jemand sagt, dass du zu jung bist, um für den Bundestag zu kandidieren:
Wenn du an Christian Lindner denkt:

5 Ablehnung von Steuererhöhung zur Koalitionsbedingung machen

PRO

Eine Frage der liberalen Prinzipien

Regieren ist meistens fabelhaft. Und wer in Koalitionen regiert, muss Kompromisse schließen. Aber das stets anhand grundlegender liberaler Prinzipien. Wären Steuererhöhungen ein Bruch dieser Prinzipien, also ein Absagegrund für eine Koalition?

Der Status quo

Zum Status quo: In der Bundesrepublik bleiben dem Bürger 2021 vom verdienten Euro durchschnittlich gerade einmal 47,1 Cent, der Rest sind Steuern und Abgaben. Man sollte die Tatsache, dass durchschnittlich mehr als 50 % (!) des Einkommens schon heute an den Staat gehen, im Hinterkopf behalten, spricht man über vermeintliche Steuererhöhungen.

Hayek und die Grundsätze

Es ist ein großartiger Grundsatz des Liberalismus, die individuellen Handlungsspielräume des Einzelnen zu maximieren. Mit jedem Euro Abgabenlast wird dieser Kern der Freiheit jedoch Stück für Stück eingezäunt. Und mit der Abgabenlast von 52,9 % ist der freie Teil kleiner als der eingezäunte. Es geht nun also um eine ganz grundsätzliche Frage:

Widersprechen in der jetzigen Situation Steuererhöhungen individueller Freiheit? Hier spielt die mögliche Begründung einer Erhöhung dann auch keine Rolle. Egal ob wegen des Klimas, Corona oder der „Gerechtigkeit“ – der Staat nimmt, der Bürger verliert. Friedrich August von Hayek schreibt zur Freiheit als Grundprinzip: „Freiheit kann nur erhalten werden, wenn sie nicht bloß aus Gründen der Nützlichkeit im Einzelfalle, sondern als Grundprinzip verteidigt wird.“

Bei der heutigen Abgabenlast geht es genau um die Frage der Freiheit als Grundprinzip. Und dieses Grundprinzip gilt es nun im Spagat zwischen Realpolitik und Grundprinzipien zu verteidigen. Im Endeffekt ist es nun wie in einer Beziehung: Bis zu einem gewissen Grad kann und sollte man alles mittragen – nur irgendwann ist die Grenze des Vertretbaren überschritten. Und das ist schon passiert.

Wer mehr als 50 % seines Einkommens abgibt, arbeitet mehr als 50 % seiner Zeit für den Staat. Und das ist mit meinem Verständnis von Liberalismus nicht vereinbar. Man kann definitiv keine absolute Grenze ziehen, wie viel Steuern und Abgaben in Ordnung sind. Nur kann man definitiv sagen, dass diese Grenze bei 50 % überschritten ist. Die aktuelle Abgabenlast ist illiberal, eine Erhöhung außerhalb des Akzeptierbaren.

Thatcher und die Realpolitik

Dieses Grundprinzip zu verteidigen ist realpolitisch auch kein Problem. Deutschlands Haushaltsvolumen gehört zu den fünf größten der Welt. Da ist also reichlich Luft nach unten. Eine Koalition wird nicht daran scheitern, die Bürger nicht noch mehr zu belasten. Wirtschaftspolitisch sollten die Zeichen nach der Krise sowieso auf Entfesselung und Entlastung der Unternehmen und Bürger stehen. Margaret Thatcher fasste das in den 70er-Jahren passend zusammen: „Our aim is to make tax collecting a declining industry.“ In diesem Sinne – Stellenabbau beim Finanzamt und Steuererleichterungen sind eine geniale programmatische Doppelspitze.

Wir geben vor der Wahl außerdem ein Versprechen ab, für mehr Freiheit und weniger finanzielle Belastung zu kämpfen. Steuererhöhungen brechen also nicht nur liberale Prinzipien, sondern auch politische Wahlversprechen – das ging für die FDP bisher nicht gut aus. Wer es mit individueller Freiheit, einem fairen Verhältnis von Staat und Bürger und Wahlversprechen also ernst meint, muss sich nicht nur gegen Steuererhöhungen verwehren, sondern dafür kämpfen, das aktuelle Missverhältnis umzukehren. Am Ende ist es heute ein Zusammenspiel zwischen der grundsätzlichen Theorie und realpolitischen Praxis, zwischen Hayek und Thatcher, dem paritätischen Heldenduo des letzten Jahrhunderts.

Torben (17) ist Abiturient, Jura-Frühstudent, Kreisvorsitzender der JuLis Lippe und der andere Teil des neuen Duos. Streitet mit ihm unter **torbenhundsdoerfer@julis.de**

Umblättern zur nächsten Seite

Bildnachweis: stock.adobe.com ©Stockfotos-MG

Prioritäten

Wie das Mantra der Steuersenkung zur Gefahr wird

Ich glaube, es gibt eins, was sich die meisten Liberalen momentan wünschen: eine Beteiligung der FDP an der nächsten deutschen Bundesregierung. Egal welche Koalition, Hauptsache die eigenen Kernthesen sind dabei und es gibt endlich mal wieder Regierungsverantwortung. Aber steht uns da nicht vielleicht etwas im Weg?

„Mit uns wird es keine Steuererhöhungen geben!“ Nahezu gebetsmühlenartig wurde dieser Satz von den Funktionär*innen an unserer Parteispitze in den letzten Wochen immer und immer wieder wiederholt. Die FDP positioniert sich in diesem Wahlkampf klar gegen die Erhöhung von Steuern und die Anhäufung neuer Schulden. Eine Forderung, die sicher von der wirtschaftlichen Perspektive aus ihre Berechtigung hat. Bei anderen Parteien sieht das zum Teil anders aus, so weit so üblich, sonst würde der Faktor der Auswahl bei der Wahl schließlich wegfallen. Die Grünen wollen neue Rekordschulden machen, auch die SPD und natürlich die Linke haben Steuererhöhungen in ihren Programmen vorgesehen. Bei der CDU/CSU finden sich keine Steuererhöhungen. Schwarz-Gelb ist zwar nicht meine persönliche Traum-Koalition, aber ich weiß und kann gut akzeptieren, dass das bei vielen anderen Liberalen anders ist. Auch unser Parteivorsitzender scheint die Kombination aus sich und Armin Laschet zu favorisieren.

Ich kann außerdem natürlich nur befürworten, dass Wahlkampf vor allem im Hinblick auf ein möglichst hohes Wahlergebnis für die Freien Demokraten geführt wird. Aber ich will offen sein: Ich habe auch Angst! Was passiert, wenn es nicht reicht für Schwarz-Gelb. Ich habe Angst, was dieses klare Statement gegen Steuererhöhungen für uns bedeutet. Wenn es zu Ampel- und/oder Jamaika-Verhandlungen kommen sollte: Wie soll das funktionieren? Was bedeutet es für unsere Partei, wenn ein gegebenes Versprechen dann gebrochen wird? Oder wenn alternativ ein erneuter Ausstieg aus den Koalitionsverhandlungen gesucht wird?

Ich möchte nicht, dass wir dann wieder in „Schattenjahre“ verfallen und unter die Hürde der Kenntlichkeit rutschen. Unser Land braucht eine liberale Stimme. Eine liberale Stimme in gesellschaftspolitischen Fragen und in globalen internationalen Beziehungen. Wir brauchen eine Partei, die für eine klare Haltung gegen die chinesische Regierung steht und die Menschen in Hongkong unterstützt. Eine Partei, die sich an die Seite Israels stellt und die auch in Deutschland ein Auge auf die Achtung von Bürgerrechten hat. Unsere Bildungspolitik, unsere Außenpolitik und unsere Umweltpolitik sind so wichtig und richtig, dass ich nicht weiß, ob man wollen kann, dass das alles untergeht am großen Versprechen von niedrigen Steuern. Unser Land braucht die FDP: Es gibt viel zu tun!

Klar, wir sind eine Wirtschaftspartei, und klar, die Entschuldung nach der Krise kann nur durch eine starke Wirtschaft funktionieren, aber es bleibt für mich unklar, ob das das Einzige bleiben sollte, was bei den Menschen von unserem Wahlkampf hängen bleibt, und das, woran wir alles andere hängen – denn wir sind doch noch so viel mehr!

Sina (20), PPE-Studentin, LAK-Leiterin, Hobbyschauspielerin, der eine Teil des neuen Duos; anscheinend sozialliberal. Fight me unter **sina.behrend@julis.de**

Ich bin weiblich und fühle mich nicht benachteiligt durch ungegenderte Sätze. Wir sollten in einer Gesellschaft leben, in welcher keine Frauenquote notwendig ist oder es eine zusätzliche Wahlkampfstrategie gibt, welche darauf abzielt, mich als Frau für die Politik zu begeistern. Vorab, ich bin nicht der Meinung, dass Gleichberechtigung im Grundsatz ein ausschließliches Differenzierungsverbot vorsieht. Jedoch stellt sich mir die Frage, wo genau gilt es zu differenzieren? In einer Debatte sollte man beide Geschlechter undifferenziert voneinander behandeln. In dieser geht es darum, die Gegner schonungslos mit klaren Fakten zu konfrontieren. Nichts spricht weniger an, als aufgrund eines gewissen Geschlechts in eine bestimmte Rolle gezwängt zu werden. Jedoch zu behaupten, dass Frauen sich erst recht durch das generische Maskulinum diskriminiert fühlen müssen, finde ich dekadent. Dekadent ist es, dass wir im Jahr 2021 uns noch über eine Wertminderung durch Sprache streiten müssen. Eigentlich haben wir aktuell dringendere Probleme zu lösen. Bei dem ganzen Gleichbehandlungswahn wird oft von dem einen Extrem ins andere gewechselt. Ja, Sprache kann diskriminieren, jedoch auch überrepräsentieren. Aus Protest nur das generische Femininum zu benutzen, rückt das männliche Geschlecht in dieselbe Rolle, aus der die Frauen ausbrechen wollen. Bei mir sorgen speziell für Frauen organisierte Veranstaltungen eher für ein Gefühl von Abgrenzung.

Unsicherheiten und Zweifel existieren nachweislich unter beiden Geschlechtern gleichermaßen. Oben genannte Veranstaltungen vermitteln oft den Eindruck von einer selbst verursachten Wertminderung. Jede einzelne von uns Frauen ist stark genug, um sich in einer von Männern geprägten Partei zu beweisen. Frauen politisch zu motivieren ist wichtig und notwendig, vorerst zählt jedoch nicht das „Für welche Partei“, sondern das Überhaupt. Eine repräsentative Demokratie lebt von einer ausgeglichenen Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen. Welche gesellschaftlichen Veränderungen könnten also dazu führen, dass sich mehr Frauen politisch engagieren? Patentrezepte für die Umsetzung dieses Vorhabens gibt es nicht. Wissenschaftlich gesehen haben Frauen z. B. ein größeres Sicherheitsbedürfnis als Männer. Die objektive Sicherheit ist geprägt durch klare Fakten und Belege, wogegen die subjektive Sicherheit ausgezeichnet ist durch individuelles Empfinden und die Wahrnehmung der persönlichen Umgebung. Sicherheit gilt es durch ein positives Gefühl, Themen oder auch die Medien zu schaffen. Öffentliche Einladungen zu Veranstaltungen, mit dem dazugehörigen gepflegten Umfeld, sind zum Beispiel ein guter Anfang. Dabei spielt das Geschlecht des Gegenübers dann eine untergeordnete Rolle. Abschließend: Wir sollten Frauen mit Themen und Inhalten für Politik begeistern und nicht mit Gleichberechtigungsdebatten.

Bundestagswahl – Frauen im Wahlkampf

Gleich- oder Sonderbehandlung?

Ich habe mir überlegt, einen Artikel zu verfassen, in welchem ich meine persönlichen Ideen und Erfahrungen formuliere, was Frauen im Bundeswahlkampf, sowie für einen längeren Zeitraum, für die JuLis begeistern kann.

Bildnachweis: stock.adobe.com ©pict rider

Nele Köhler (17) macht zurzeit ihr Wirtschaftsabitur und ist Kreisvorsitzende der JuLis Höxter. Ihr erreicht sie unter **nelek@julis.de**

EU-Klimaplan ist Ode an die Staatsgläubigkeit

7

Mehr ist immer besser. Besonders gilt dieses Prinzip bei Verboten und bei Verzicht – so wird die Klimaschutzdebatte viel zu häufig geführt. Weniger im Fokus stehen dabei die Wirksamkeit und die Effektivität der Maßnahmen. Dieser Geist zieht sich leider auch in weiten Teilen durch den Klimaplan der EU „Fit for 55“.

Will eine Person des öffentlichen Lebens Aufmerksamkeit bekommen, so braucht sie nur ein möglichst radikales Verbot zugunsten des Klimaschutzes zu fordern. Besonders eindrucksvoll lässt sich dieses Phänomen in der Talkshow-Republik beobachten. Beinahe zum Fremdschämen simulierte der Entertainer und Arzt Eckart von Hirschhausen, bei Maybrit Illner vor Aufregung die Kontrolle zu verlieren: „Die Priorisierung der Wirtschaft geht mir auf den Sack“, sagte er. In der gut ausgesuchten Runde widersprach ihm niemand, die Moderatorin fragte nicht nach seinen konkreten Lösungsvorschlägen und die Twitter-Bubble ergötzte sich an Hirschhausens „Klartext“.

Die Klimakrise als wirtschaftliches Problem begreifen

Seine Äußerungen sind nicht nur symptomatisch für die Art und Weise, wie diese Debatte geführt wird: emotional, aufgeregt und monoton. Sie unterstreichen vor allem die Tragik, dass die Klimakrise immer noch zu selten als ein wirtschaftliches Problem begriffen wird. Denn würde man die Klimakrise als eine marktwirtschaftliche Problemstellung betrachten, so würde man auch versuchen, sie ebenso zu lösen. Man würde über einen kompromisslosen CO_2-Deckel mit Emissionshandel debattieren, damit die Märkte die Probleme lösen können. Denn es ist längst klar, dass Märkte unter den richtigen Rahmenbedingungen effizient mit „Externalitäten-Problemen“, wie die CO_2-Emission im Kern eines ist, umgehen können. Der europäische Energiesektor, für den der EU-weite Emissionshandel gilt, ist der einzige Sektor, der trotz Kohleverstromung seine Grenzwerte einhält. Es wäre also nur ein folgerichtiger Schritt, dieses Verfahren auch auf andere Sektoren anzuwenden.

Überraschung: Brüsseler Bürokraten setzen vor allem auf den Staat

Trotz der Erfolge des marktnahen Emissionshandels setzen die Bürokraten in Brüssel auf den Staat statt auf die Schwarm-Intelligenz von Unternehmen, Ingenieuren und Konsumenten. Eine Überraschung ist das nicht gerade. Sie wollen die Einführung einer Kerosinsteuer trotz Emissionshandel und denken vor allem sehr stark auf einzelne Bereiche bezogen statt im Ganzen. Auch wenn mit der teilweisen „Weiterentwicklung“ des Europäischen Emissionshandels (ETS) etwas Licht am Horizont erscheint, findet man immer wieder das einseitige Verbot des Verbrenners ab 2035 und die unbegrenzte Heiligsprechung der E-Mobilität. Man muss kein besonderer Fan des Verbrenners sein, um sich zu wundern, warum eine mögliche Lösung durch besondere Effizienzsteigerung des Verbrenners oder die Option synthetischer Kraftstoffe pauschal ausgeschlossen wird. Und das, während auch bei der Elektromobilität Rechnungen zu der Klimabilanz äußerst unterschiedlich ausfallen.

Gefahr einer Innovationskrise

Meine Kritik liegt nicht an einer besonders pathetischen Bindung zum Verbrenner – im Gegenteil. Vor allem wird die Gefahr einer Innovationskrise wahrscheinlich. Ähnlich wie beim Atomausstieg droht durch das Verbrennerverbot eine echte Null-Innovation. Kein Unternehmen wird mehr in die Forschung eines emissionsarmen Verbrenners oder in die Forschung an synthetischen Kraftstoffen investieren, wenn ein Verbot schon an der Tür klopft. Das größte Problem daran ist, dass uns am Ende die Lösung der Klimakrise nicht nur viel mehr kostet, als sie eigentlich müsste, weil die Grenzvermeidungskosten für CO_2 höher als nötig sind. Vielmehr laufen wir Gefahr, gute Technologien nicht zu entwickeln und gegebenenfalls dadurch die Klimakrise sogar zu verschlimmern, weil der Gesetzgeber glaubt, eine magische Glaskugel zu besitzen und genau zu wissen, was die Technologie der Zukunft ist. Vor diesem Hintergrund erscheint eine FDP-Beteiligung an der Regierung zentral wichtig.

Ein ambitionierter Pfad mit vielen Fallstricken

Insgesamt muss man der EU zugutehalten, dass sie mit einem neuen CO_2-Ziel von 55 % ein gutes und ambitioniertes Ziel setzt. Denn die ersten Klimafolgen bekommen wir immer mehr zu spüren. Auch mit einigen Neuerungen im Emissionshandel kann man mitgehen. Unterm Strich bleiben einige gute Absichten, wobei der neue „Green Deal“ vor allem eines ist: eine Ode an den Staat.

Henrik Stachowicz (20) ist stellv. Bezirksvorsitzender der JuLis Niederrhein und studiert Volkswirtschaftslehre. Finanz- und Kommunalpolitik interessieren ihn besonders. Erreichen könnt ihr ihn unter **h.stachowicz@julis.de**

Bilder: shutterstock / adobe.com/stock

SIE BENÖTIGEN EINE NEUE WEBSTE FÜR ...

... IHREN VERBAND?
... IHREN KANDIDATEN?

BEISPIELE UNTER WWW.FDPWEBSERVER.DE

thinkliberal.de

Bei uns finden Sie neben klassischen Werbemitteln, wie Stofftaschen, Aufklebern und Grußkarten, auch Artikel für Ihren Wahlkampf vor Ort. Dazu gehören u.a. Bauzaunbanner, Hohlkammer- oder Großflächenplakate. Unser Angebot umfasst außerdem Messe- und Kongressequipment sowie Drucksachen, wie z.B. Tischaufsteller, Visitenkarten u.v.m. im aktuellen Design der Freien Demokraten und Jungen Liberalen.

Wir bieten Ihnen dabei die Möglichkeit, bei einer Bestellung ein bereits vorhandenes Layout oder ein individuell für Sie gestaltetes Design auszuwählen. Die gesamte Abwicklung der Bestellung ist dabei immer inklusive.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch unserer Website!

Ihr Shop für Junge Liberale Werbemittel

BTW MARKETING | Inhaber: Michael Szopieray
Burgstraße 27 | 59368 Werne | Telefon: 0 23 89 / 9261-170
info@thinkliberal.de | www.thinkliberal.de

Nie gab es mehr zu tun – Grundsätze für die Wirtschaftspolitik nach der Pandemie

Es ist wieder Bundestagswahl und wie jede Wahl ist sie richtungsweisend. Aber diese Wahl ist in besonderem Maße entscheidend. Angela Merkel tritt nicht erneut als Kanzlerkandidatin der Union an und Deutschland steht vor der Frage, wie nach der schweren Krise die Politik der Zukunft gestaltet werden soll. Die Pandemie hat den eklatanten Reformbedarf nach Jahren des Stillstands noch mal stark präsentiert. Dies zeigte sich besonders im Bereich der Wirtschaftspolitik. Digitalisierung – verschlafen; Steuerlast – erdrückend; Europolitik – völlig kopflos. Die Herausforderungen sind groß und die Chancen noch größer. Sofern Deutschland am 26. September 2021 sich für den dringend benötigten Wechsel entscheidet, dann haben Liberale die Aufgabe, mitzugestalten. Nie gab es mehr zu tun, gerade für die Wirtschaft. Ein Plädoyer für eine Wirtschaftspolitik nach der Krise.

Mehr Marktwirtschaft wagen

In diesen Tagen wird die Systemfrage häufig gestellt, sei es in der Klima-, Gesundheits- oder Bildungspolitik. Wenn allerdings in Sachen Wirtschaft die Systemfrage gestellt wird, dann meist nur in Form von stumpfer Kapitalismuskritik. Die Antwort der Liberalen muss sein, die Bedeutung von wirtschaftlicher Freiheit hochzuhalten. Weil wir alle Teil dieser Wirtschaft sind, indem wir tagtäglich konsumieren, investieren oder innovieren, muss uns klar sein, dass jede zusätzliche Einschränkung wirtschaftlicher Freiheit stets auch eine Einschränkung der bürgerlichen Freiheit als Ganzes bedeutet. Daher müssen wir das Konzept der sozialen Marktwirtschaft weiterentwickeln und mit liberalen Ideen vorantreiben.

Kartellrecht, Behördengänge und Fragen der Infrastruktur von Industrie- oder Finanzwirtschaft müssen fit für die 20er-Jahre gemacht werden. Dafür müssen die Bürgerämter endlich zu digitalen One-Stop-Shops werden, damit nicht für jeden Behördengang die immer gleichen Formulare eingereicht werden müssen, sondern endlich als Serviceleistung von jedem digitalen Endgerät realisiert werden können. Das Kartellrecht muss für die Fragen der digitalen Plattformökonomie angepasst werden. Die Antwort für die digitale Wirtschaft darf nicht Protektionismus für Auslaufmodelle durch den Staat sein, sondern mehr Freiheit für Unternehmen, damit die dadurch geschaffene neue Innovation den Wohlstand in diesem Land erweitern kann.

Bildnachweis: stock.adobe.com ©moshimochi

Effektiv entlasten

In Sachen Staatsfinanzen brauchen wir ein konsequentes Umdenken. Die Fiktion, der Staat sei in der Lage, mit dem Geld des Einzelnen besser zu haushalten, muss deutlich verneint werden. Denn jedes Individuum hat unterschiedliche Bedürfnisse und Ideen. Und die spontane Ordnung aus den vielen Menschen, die tagtäglich unsere Volkswirtschaft weiterwachsen lassen, wird immer besser in der Lage dazu sein, ihr Geld effektiver einzusetzen als der Staat. Damit dies in Zukunft möglich wird, brauchen die Menschen in diesem Land mehr von ihrem eigenen Geld, denn im Zweifel sollte der Staat sich rechtfertigen, warum er seinen Bürgern mehr abnimmt und nicht umgekehrt. Deswegen brauchen wir eine tiefgreifende Reform, für ein einfaches, niedriges und gerechtes Steuersystem.

Konkret bedeutet das die Abschaffung von Bagatell- und Lenkungssteuern, endlich eine Unternehmenssteuerreform, die die Unternehmenssteuerlast unter 25 % senkt. Wir brauchen eine Entlastung von Geringverdienern und Menschen im Mittelstand durch eine Verdopplung des Grundfreibetrags bei der Einkommenssteuer. Wir brauchen Möglichkeiten zur Vermögensbildung, indem der Sparerpauschbetrag für die Kapitalertragsteuer erhöht wird. Es gibt sehr viel zu tun, damit wir in diesem Land wieder Wirtschaftswachstum erleben, von dem alle Menschen profitieren. Damit jeder Bürger hierzulande nicht mehr als die Hälfte seines Einkommens an den Staat abgibt, sondern dort investiert, wo er oder sie es für richtig hält.

Europäischer Reformbedarf

Während der Pandemie haben wir richtigerweise vor allem auf die dringenden Fragen der nationalen Politik antworten müssen. Sei es nun die Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern, eine Impfkampagne zu organisieren oder Wirtschaftshilfen auszuzahlen. Die Regierung hat auf diese Fragen großteilig unzureichende Antworten gefunden. Aber mit den parallel laufenden Entwicklungen innerhalb der EU wurde sich kaum bis gar nicht beschäftigt. So kommt es, dass innerhalb der EU eine Billion (1000 Milliarden!) Euro in Form von neuem Zentralbankgeld geschaffen wurde. Die drohende Inflationsgefahr deutet sich bereits an, findet aber im politischen Diskurs faktisch nicht statt. Die Frage der illegalen Staats- und Unternehmensfinanzierung über die Anleihenkäufe der EZB ist nach wie vor ungeklärt und dass aus Frankfurt heraus durch das Projekt „Digitaler Euro“ Fragen der Privatsphäre bei finanziellen Transaktionen völlig ignoriert werden, muss uns Liberale wachsam werden lassen.

Wenn die europäischen Rahmenbedingungen unserer Wirtschaftsordnung implodieren, dann wird spätestens zum Ende der Dekade die Wachstumsdynamik auch mit der Implementierung aller notwendigen Reformen zum Erliegen kommen. Wir brauchen hier liberale Antworten, die das Bewusstsein für das Haftungsprinzip und ein Verantwortungsbewusstsein in der Geldpolitik verteidigen. Dazu braucht es progressive Ansätze, um das Eurosystem und die europäische Wirtschaftsordnung krisenfester zu machen. Dafür müssen wir neue Wege gehen, die durch die Digitalisierung möglich werden, wie beispielsweise die Umsetzung eines effektiven Währungswettbewerbs. Es war kaum so viel zu tun wie jetzt und der Liberalismus wird mehr gebraucht denn je, damit wir auch weiterhin in Fülle, Frieden und Freiheit leben können. Dafür braucht es eine Regierungsbeteiligung der FDP nach der Bundestagswahl. Dafür braucht es eine freie Wirtschaft in einer offenen Gesellschaft. Und dafür braucht es Liberale, die für diese Ideen einstehen.

Alexander Kobuss (23) studiert Lehramt für Gymnasien. Er ist Programmatiker in Köln/Bonn, Landesvorsitzender der LHG NRW und leitet den Bundesarbeitskreis Wirtschaft/Energie/Finanzen. Ihr erreicht ihn unter **kobuss@julis.de**

9

Fridays for Future – Partner in der Klimafrage oder illiberaler Gegner?

Bildnachweis: stock.adobe.com ©Animaflora PicsStock

Besonders durch Fridays for Future (kurz: FFF) ist die Klimakrise momentan in aller Munde und neben der Corona-Krise das beherrschende Thema im Bundestagswahlkampf. In einer Studie von statista vom Juni 2021 gaben 34 % der Befragten an, dass die Klimakrise das derzeit größte Problem in Deutschland ist. Somit landete es hinter Corona mit 45 % auf dem zweiten Platz der Umfrage. Besonders die FDP wird von FFF-Anhängern jedoch nicht gerade positiv beurteilt. So stellt zum Beispiel der FFF-Ortsverband Wuppertal der FDP ein Klimazeugnis aus, in dem die Note mangelhaft dominiert, jedoch stellt sich die Frage, ob die politischen Ziele der FDP und der JuLis wirklich so weit von denen der FFF-Bewegung entfernt liegen.

Vom CO_2-Preis über den Kohleausstieg bis zur Netto-Null 2035

Der größte Unterschied im Kampf gegen den Klimawandel stellt wahrscheinlich die Methode dar, wie wir CO_2 bepreisen wollen. Während FFF eine feste CO_2-Steuer fordert, welche ca. 180 € pro Tonne CO_2 betragen soll, streben hingegen die FDP und die JuLis einen Zertifikatehandel an, durch welchen ein nationaler CO_2-Deckel bestimmt werde und man Anteile an diesem erwerben könne. Im Grunde stellen diese beiden Methoden jedoch nur unterschiedliche Wege zur Bekämpfung desselben Problems dar. Während dabei FFF dafür die FDP kritisiert, den CO_2-Preis als Allheilmittel darzustellen, könnte der Zertifikatehandel auf der anderen Seite nicht nur einen geringeren CO_2-Preis hervorbringen, sondern er schafft auch einen marktbasierten Anreiz für Unternehmen, CO_2 einzusparen. Sicherlich ist es aber nur ein Schritt hin zu einem klimaneutraleren Deutschland, was auch aus den Beschlüssen der JuLis hervorgeht. Ein weiterer Punkt, in dem die Meinungen auseinandergehen, stellt der Kohleausstieg dar: FFF fordert, dass der Kohleausstieg bis 2030 durchgeführt wird. Darauf könnte man sich jedoch fragen, inwieweit dies illiberal ist, indem der Staat einen Energieträger selbst künstlich vom Markt entfernt. Aus diesem Grund stand auch die FDP dem geplanten Kohleausstieg bis zum Jahr 2038 kritisch gegenüber und bezeichnete diesen als planwirtschaftlich. Würde man hingegen den europäischen Zertifikatehandel ausdehnen, würde sich das Problem von selbst lösen. In einer Diskussion von Luisa Neubauer und Christian Lindner zu diesem Thema entgegnet Neubauer, dass die Kohleindustrie auch jetzt schon durch staatliche Subventionen künstlich am Leben gehalten werde, was auch schon einen Eingriff in den Markt darstelle. Laut Neubauer sei somit die Kohleindustrie ohne diese Subventionen nicht überlebensfähig.

Zusätzlich könnte die Frage nach der Netto-Null an Treibhausgasen eine Streitfrage darstellen. Während die FDP die Netto-Null im Jahre 2050, wie im Pariser Klimaabkommen

Umblättern zur nächsten Seite

vereinbart, erreichen möchte, fordert FFF dies bereits für das Jahr 2035. Für FFF steht dabei die Klimagerechtigkeit gegenüber weniger industriellen Ländern als Deutschland im Vordergrund. Diese bräuchten länger, um klimaneutral zu werden, und man wolle so einen Puffer herstellen. Auch historisch gesehen habe Deutschland mehr CO_2 emittiert als viele andere Länder und müsse somit mehr Verantwortung in Bereich Klimaschutz übernehmen.

Verbindet uns doch mehr als uns trennt?

Auf der anderen Seite gibt es auch viele Punkte, in denen FFF und die JuLis nicht zu weit voneinander entfernt liegen. Dies fängt schon auf einer ganz allgemeinen Ebene an: Wir brauchen Klimaschutz, um die Freiheit dieser und folgender Generationen zu gewährleisten. Um dies zu realisieren, möchten sich beide an das 1,5°C-Ziel und somit auch an das Pariser Klimaabkommen halten. Dafür wollen beide Deutschland als Vorreiter in Sachen Klimaschutz sehen: ein ressourcenschonendes, klimafreundliches Deutschland mit einem funktionierenden Sozialstaat und gut bezahlten Arbeitsplätzen, welches seine innovativen Technologien weltweit exportiert, ist der Anspruch beider Parteien. Die Willkür der Förderungen erneuerbarer Energien soll somit ein Ende haben und wir müssen sektorübergreifend unser tägliches Leben neu denken. Eine Methode, welche beide Parteien unterstützen, wäre zum Beispiel Carbon Capture and Storage (CCS), welches die Speicherung von CO_2 möglich machen soll.

Zusätzlich stehen auch die JuLis für viele innovative Lösungsansätze ein, welche auch nur im Interesse von Fridays for Future sein sollten. Dazu gehören zum Beispiel intelligente und flexible Verkehrsleitsysteme, welche einen flüssigeren Verkehr in der Stadt ermöglichen können, eine CO_2-effizientere Landwirtschaft oder eine ambitioniertere Aufforstung. Obwohl die JuLis und FFF unterschiedliche Methoden zur Beantwortung der Klimafrage darbringen, sind sich beide einig, dass sozialer Gerechtigkeit eine zentrale Bedeutung dabei zukommt. FFF zeigt in ihren Forderungen keine konkreten Maßnahmen auf, wie dies erreicht werden soll. Der Emissionshandel, welcher von den JuLis und der FDP unterstützt wird, setzt jedoch voraus, dass das Geld, welches durch den Zertifikatehandel erzielt wird, pro Kopf wieder an die Bürger ausgezahlt wird oder in den Umweltschutz investiert werden kann.

Angst als Antrieb der Politik? Nein danke!

Obwohl die Ziele FFFs unterschiedlich zu bewerten sind, wie sieht es mit FFF als Bewegung in Allgemeinen aus? Wird dort nur Angstmache betrieben oder stellen sie einen wertvollen Beitrag zum demokratischen Diskurs dar? Natürlich ist es positiv zu bewerten, dass so viele Menschen von ihrem Recht auf Versammlungsfreiheit Gebrauch machen und für das, woran sie glauben, auf die Straße gehen. Was ist jedoch mit Aussagen wie „I don't want you to be hopeful, I want you to panic!“ von Greta Thunberg? Ist Panik wirklich ein guter Motor für unsere Politik? Obwohl im Endeffekt klargestellt wurde, dass damit nicht zu irrationalem, panischem Verhalten aufgerufen wird, ist dies dennoch kritisch zu sehen, da objektives Abwägen immer noch zu den besten Mitteln der Politik gehört.

Ein weiterer Aspekt, welcher oft kritisiert wird, sind die Konzepte, wie sie ihre ambitionierten Ziele durchsetzen wollen. Aus diesem Grund wurde eine detaillierte Studie für FFF angefertigt, welche zwar die theoretische Machbarkeit ihrer Ziele unter Beweis stellt, jedoch bleibt es etwas unklar, wie zum Beispiel der Ausbau von jährlich mindestens etwa 25 bis 30 GW an neuer Windenergie verrichtet werden soll. Im Allgemeinen setzt FFF jedoch auf verschiedene Möglichkeiten, Strom und Energie zu erzeugen, wie Fotovoltaik, Wasserstoff, Windkraft, Biomasse oder synthetische Kraftstoffe. Eine Position, die besonders bei uns JuLis auf Zustimmung treffen sollte.

Katharina Bischoff (19) möchte ab Oktober Politikwissenschaften studieren und ist stellvertretende Ortsvorsitzende der JuLis Brühl. Besonders liegt ihr liberaler Feminismus und Chancengerechtigkeit am Herzen. Ihr erreicht sie unter **katharina.m.bischoff@gmail.com**

Fridays for Future: Kosten < Nutzen

Zwar gibt es noch viele Dinge, die noch zu diskutieren sind, jedoch zeigt es sich, dass wir, die JuLis, und FFF in manchen Dingen auch schon übereinstimmen. Im Grunde sind wir uns einig darin, dass die Klimakrise die größte Herausforderung unserer Generation ist. Durch Fridays for Future wird in den momentanen Wahlprogrammen deutlich mehr über gute Klimapolitik diskutiert und das allein ist doch schon ein Gewinn für uns alle. Indem wir nämlich über die Lösung dieses Problems möglichst divers diskutieren, können wir es schaffen, die Klimakrise auf die bestmögliche Weise zu bewältigen. Und wer weiß, vielleicht schaffen wir es ja in naher Zukunft, mehr darüber zu diskutieren, was machbar ist als was nicht.

Wahlkampf in Zeiten kurzer Aufmerksamkeiten und großer Empörungen

Ganz zu Beginn erst einmal ein ehrliches Geständnis: Ich hasse Twitter. Twitter zeigt ein gewisses Dilemma unserer Gesellschaft minütlich unter dem Brennglas: Mit einer vorab auf Basis von meistens sehr wenig Fachwissen gebildeten Meinung wird ins Internet gebrüllt, um andere Leute, die sich radikal nicht überzeugen lassen wollen, missionieren zu wollen. Aus kleinen Themen entstehen riesige Shitstorms, von denen jedoch bei Lidl an der Kasse noch nie ein Mensch gehört hat und die für die Wahlentscheidung von 99 % der Menschen chronisch irrelevant sind.

Unserer Gesellschaft fehlen breite, inhaltliche Diskussionen. Gespräche, bei denen man seine Großeltern einmal zur Seite nimmt, um ihnen zu erklären, wie verheerend die Auswirkungen des Klimawandels für kommende Generationen werden. Gespräche, in denen man einander ausreden lässt und anerkennt, dass es Leute gibt, die (unverständlicherweise) nicht verstehen, warum Steuersenkungen in Zeiten der Krise zu Aufschwung führen, während Steuererhöhungen Stöcker in die Speichen des Wirtschaftswachstums stecken.

Es rollen riesige Herausforderungen auf uns zu. Wir müssen dringend über die Zukunft der Rente sprechen. Ein Thema, das weniger sexy kaum sein könnte und dennoch darüber entscheidet, wie die Jahre der extremen Freiheit bestritten werden können. Altersarmut könnte mit einer konsequenten Aktienrente in der großen Regel der Vergangenheit angehören. Und auch wenn es viele von uns nervt, müssen wir anerkennen, dass viele Menschen Angst vor Aktien haben. Der richtige Zeitpunkt also, um sich in Ruhe mit Sorgen und Vorurteilen auseinanderzusetzen und aufzuklären.

Zuhören, erklären, andiskutieren und Unterschiede würdigen und anerkennen. In einer Zeit der Spaltung zwischen Rechts und Links, zwischen Hysterie und Querdenken und von „Skandal“ zu „Skandal“ brauchen wir echten Austausch und keine Twitter-Bubble, die anheizt, skandalisiert und den Fokus gewisser Debatten stiehlt, um das Schlaglicht auf Miniskandale zu werfen. Das Lachen von Armin Laschet während der Flutkatastrophe ist natürlich extrem unglücklich gewesen. Ich kann Menschen verstehen, die vor den Schluchten ihrer Existenz stehen und das Gefühl bekommen, der Ministerpräsident und Kanzlerkandidat würde die Situation nicht ernst nehmen. Laschet hat sich schnell entschuldigt. Und Moment: Es ist leicht, sich in den Chor

Tim Schütz (24) ist stv. Landesvorsitzender der JuLis NRW und arbeitet in Essen für einen großen Baukonzern in der politischen Kommunikation. Ihr erreicht ihn unter **tim.schuetz@julis-nrw.de**

Umblättern zur nächsten Seite

aus Spott einzureihen, Memes aus Armin Laschet zu basteln und ihm die Kanzler-Tauglichkeit abzusprechen. Auch diese Memes haben den Menschen in Euskirchen, Hagen oder Schuld nicht geholfen. Ich bin mir auch, ohne diesen Fehler jetzt zu stark relativieren zu wollen, sicher, dass Laschet in den Tagen nach der Flut sehr wenig gelacht, sehr wenig geschlafen und sehr viel unternommen hat, um Hilfen zu organisieren. Aspekte, die bei der aktuellen Wahlkampfführung keine Rolle gespielt haben.

Ja, Annalena Baerbock wäre keine gute Kanzlerin für Deutschland. Aber: Die Qualifikation einer Kanzlerin hängt nicht an einem Buch, bei dem viele Sequenzen abgeschrieben wurden. Die Entzauberung der Grünen sollte über Inhalte laufen. Wer das Wahlprogramm liest, wird sich wundern. Viele Menschen sind Fan der Visionen der Grünen. Ich kann das auch gut verstehen. Aber: Ganz viele Menschen wären geschockt, wenn sie wüssten, was für eine linke Programmatik die Grünen vertreten. Doch kein Platz für diese Debatten. Es muss skandalisiert werden, dass sich Baerbock in Interviews um konkrete Inhalte windet. Es muss skandalisiert werden, dass die Finanzierung der Ideen aus dem Wahlprogramm so unklar ist wie die Chancen von Olaf Scholz auf eine Beteiligung an der nächsten Bundesregierung.

So. Bislang ist der Text nun wirklich nicht besonders konstruktiv. Ich bin auch ganz froh, dass die FDP relativ frei von Shitstorms (ich hoffe, dass sich bis zur Veröffentlichung nicht noch wesentlich etwas daran ändert) durch die aktuelle Zeit kommt. Mein Mitleid gegenüber Laschet, Baerbock und Co. hält sich in Grenzen. Was müssen wir aus der Zeit lernen?

1. Gegen den Trend: Wirklich zuhören

Es gibt ja Hunderte Tricks für Wahlkampfstände. Der wichtigste: zuhören! Wir sollten nicht überheblich an Menschen vorbeigehen, die behaupten, die Politik beschäftige sich nicht mit den eigenen Problemen. Du bist auch nicht „die Politik“. Aber jeder hat die Möglichkeit für ein offenes Ohr und Anteilnahme an Problemen. Die wenigsten Menschen freuen sich über einen 20-minütigen Vortrag des Kurzwahlprogramms, sondern möchten eher eine konkrete Antwort haben. Soziales Miteinander ist enorm wichtig für Menschen. Auch sehr introvertierte Menschen brauchen immer wieder ein offenes Ohr. Studien zeigen sogar, dass sozial isolierte Personen deutlich früher versterben. Wenn jetzt auch noch Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer an ihnen vorbeigehen und eben nicht zuhören, auch wenn es möglicherweise keine akademisch anspruchsvolle Debatte wird, gleiten diese Leute leichter in gefährliche Blasen ab. Es ist nicht immer die Schuld anderer, wenn Menschen in Extremismus gleiten.

2. Aufmerksamkeit schaffen für knallige Inhalte

Es ist das kleine Einmaleins des Marketings: Ohne Aufmerksamkeit ist der Mensch nicht aufnahmefähig für Botschaften. Heißt: Besonders sein. Aktionen machen. Bilder erzeugen, die im Kopf bleiben. Humor erzeugen, den Alltag hinter sich lassen. Unsere Welt ist voll von Reizüberflutungen. Es ist daher nicht leichter geworden, im medialen Times Square aufzufallen. Und wenn es gelungen ist, Menschen zu erreichen, müssen wichtige Inhalte nicht von oben herab, nicht zu akademisch und nicht zu kompliziert vermittelt werden. Es ist mit komplexen FDP-Inhalten nicht immer einfach, simpel erklären zu können. Aber klar ist: Die Freien Demokraten wären längst eine bessere Klima-Partei, wenn es uns gelungen wäre, den Emissionshandel in 30 Sekunden so zu erklären, dass mindestens 90 % der Bevölkerung mit unterschiedlichem Vorwissen dies verstehen würden.

3. Leitbild im Fokus: Inhaltlich angreifen, nicht persönlich

Überlassen wir es Jürgen Trittin, unterhalb der Gürtellinie zu agieren. Stellen wir politische Gegner inhaltlich, zerfleischen wir uns intern nicht und greifen wir nicht auf einer persönlichen Ebene an. Leider gibt es ohnehin genug persönliche Angriffe. Es entspricht leider auch der Logik der Aufmerksamkeit: Für ein Lachen von Armin Laschet zum falschen Zeitpunkt benötigt es weniger Hirnschmalz, Aufmerksamkeit und Konzentration als bei einer Erklärung des Emissionshandels. Doch nur weil man das Olaf-Scholz-Charisma angreift, rennen die Wählerinnen und Wähler noch lange nicht den Freien Demokraten die Wahlkabine ein. Im Gegenteil: Gerade auch bei uns gäbe es genug Potenzial für persönliche Späßchen.

Fazit

Vielleicht ärgert ihr euch auch ein wenig über die aktuelle Diskussionskultur rund um den Wahlkampf. Doch was wirklich hilft: es selber besser machen.

Eure Wünsche für nach der Bundestagswahl

Wir haben euch per Instagram gefragt, was ihr euch für die Zeit nach der Bundestagswahl wünscht. Welche Themen euch besonders wichtig sind und was eurer Meinung nach unbedingt umgesetzt werden muss, seht ihr hier:

Export der Talentschulen aus NRW auf alle Bundesländer

Endlich echter Klimaschutz mit ausgeweitetem Zertifikatehandel

Einkommen mit dem Kapitalertrag-steuersatz

Psychische Gesundheit

Tierschutz: Verbot von Salzwasser-Aquarien und besonders Delfinarien

Flat Tax einführen

Abschaffung aller rechtlichen Diskriminierungen gegenüber freien Währungen

Gesetzliche Aktienrente für unsere Zukunft

Außenpolitik, die sich gegen Menschen-rechtsver-letzungen einsetzt

CL for Wirtschafts-ministerium <3

Friede, Freude, Freiheit

Gesellschaft, in der jede*r selbst entschei-det, was Familie für sie oder ihn bedeutet

Europas Zukunft liegt in Deinen Händen.

Mit der Konferenz zur Zukunft Europas sollen die Bürgerinnen und Bürger Europas gemeinsam den Weg der Europäischen Union mitgestalten. Dieses Jahr seid also Ihr gefragt! Wie soll Europa sich entwickeln?

Ich setze mich im Europäischen Parlament für eine handlungsfähige Union ein, die sich zwischen den Weltmächten behaupten kann. Eine Union, in der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in allen Mitgliedsstaaten selbstverständlich ist, muss unser Ziel sein und auch die EU muss endlich mit einem starken Parlament demokratischer werden. Ich möchte Euch einladen, gemeinsam mit mir für ein erfolgreiches Europa zu streiten und Euch einzubringen.

Auf www.futureu.europa.eu habt ihr die einzigartige Gelegenheit, die Zukunft Europas mitzugestalten. Die Worte von Hans-Dietrich Genscher sind prägend wie treffend: „**Europa ist unsere Zukunft - eine andere haben wir nicht.**“

Bei Fragen oder Anregungen könnt ihr mich immer erreichen: www.moritz-koerner.eu!

Viele Grüße,

Euer Moritz Körner MdEP
Mitglied im Präsidium der FDP

In meinem Podcast „Europa, wir müssen reden!“ nehme ich Euch mit hinter die Kulissen der europäischen Politik. Ihr findet ihn auf Spotify.

© Renew Europe 2021